

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Chefleiter: Nachrichten Dresden.
Verleger: Sammelnummer: 25 241.
Kur für Nachdruckpreise: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Sept. 1925 bei täglich zweimaliger Zulieferung pro Tag 1,50 Mark.
Postbezugspreis im Monat September 3 Mark. Ganzsammelnummer 10 Pfennig.
Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einzelpolige 30 mm breite
Zeile 30 Pf., ihr auswärts 35 Pf. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne
Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., die 90 mm breite Reklamezeile 150 Pf.,
außerhalb 200 Pf. Postgebühr 10 Pf. Ausw. Aufdrucke gegen Vorausezahl.

Schriftleitung und Hauptredaktionelle:
Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Wiegisch & Reichardt in Dresden.
Postleitz.-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. - Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Borschläge zur Lösung der Ruhrkohlenkrise.

Ein Gutachten des Prüfungsausschusses im preußischen Landtag.

Ein Militärsonderzug bei Donauwörth verunglückt. — Noch keine Einladung zur Außenminister-Konferenz.

Die Not der südlichen Ruhrzechen.

Berlin, 9. Sept. Dem preußischen Landtag ist ein zweiter Bericht des Ausschusses zur Prüfung der mit der Stilllegung von Betrieben im südlichen Ruhrbezirk zusammenhängenden Fragen beigegeben. Der Ausschuss kommt zu dem Schluß, daß, wenn nicht ein gründlicher Wandel in den innen- und außenwirtschaftlichen Verhältnissen eintritt, wohl nur schwer damit zu rechnen ist, daß der deutsche Friedensvertrag an Kohle in absehbarer Zeit wieder erreicht oder gar überschritten wird. Zur Lösung des Problems wird vorgeschlagen:

1. Die Förderung den Absatzverhältnissen anzupassen. Mitte Mai d. J. betrug der überschlägige Wert der Haldenbestände rund 140 Millionen Mark.

2. Den Absatz der Ruhrkohle namentlich auf der Rheinwasserstraße, ferner nach dem Süßwassergebiet, Mittel- und Süddeutschland durch Förderherstellung der früheren Eisenbahnsondertarife für Ruhrkohle zu fördern.

3. Um den Absatz von Ruhrkohle nach den Nordseehäfen, besonders nach Hamburg und Bremen, ist die baldige Herstellung des Hansakanals zu erstreben.

4. Da es volkswirtschaftlich richtiger ist, statt Roh- und Halbprodukte möglichst veredelte Produkte auszuführen, ist anzustreben, daß die Kohle nur in hochwertigen Marken ausgeführt wird.

5. Der Ausschuss lenkt die Aufmerksamkeit wiederholt auf die für den Ruhrbergbau bedauerliche Tatsache, daß im Ruhrbezirk die Steinkohle bei der Versorgung des Bezirks mit elektrischem Strom durch die Braunkohle und die Wasserkraft stark in den Hintergrund gedrängt worden ist.

6. Um für die noch Betriebe mit besserer Arbeitsmöglichkeit umstrebenden Bergleute die notwendigen Wohnungen zu schaffen, ist die Gewährung von verstärkten Zuwendungen aus öffentlichen Mitteln erforderlich. Besonders muß gefordert werden, daß die Beiträge, die im Ruhrgebiet aus der Haushaltsteuer aufkommen, ihm wieder voll zufliessen.

7. Die Entwicklungsrichtung des Ruhrbergbaus nach den nordöstlichen, nördlichen und nordwestlichen Landgebieten verlangt immer gebietsspezifischer die baldige Herstellung von Eisenbahnverbindungen durch das Industriegebiet, also vom Ruhrtal bis zum Lippeatal. Dabei empfiehlt sich die Einführung besonders billiger Eisenbahnfahrkarten für Arbeiter.

8. Für die von den Betriebsstilllegungen und Einschränkungen betroffenen und arbeitslos bleibenden Bergleute sind ausreichende Notstandshilfsarbeiten besonders für den kommenden Herbst und Winter vorzusehen.

Preisssteigerungen in der Zucker- und Konservenindustrie.

Der Kleinhandel verlangt Regierungsmassnahmen.

Meldung unseres Berliner Schriftleiters.) Berlin, 9. September. Das Reichsernährungsministerium wird, entsprechend den Beschlüssen der Reichsregierung, gegen Auswirkungen des Kartellwesens vorzugehen, sich in nächster Zeit mit der Preisgestaltung im

Kolonialwarenhandel beschäftigen. Nach den vorliegenden Erhebungen sind die reinen Kolonialwaren, wie Kaffee, Tee, Gewürze usw. gegenüber den Vergleichsmonaten des Vorjahrs kaum gestiegen. Vielmehr ist sogar in einzelnen Anweisen ein Preisrückgang zu verzeichnen, da für die reinen Nebenprodukte, wie Mehl usw. der Weltmarktpreis geltend ist. Dagegen läßt sich bei inländischen Produkten, wie Brot, Gemüse- und Obstkonferenzen ein schwaches Anzeichen der Preise feststellen, das von möglichen Kräften lediglich als eine Auswirkung des Kartellwesens bezeichnet wird.

Die Zuckerindustrie

hat im Dezember v. J. für feinstes Raffinade einen Preis von 84 Pfennig pro Kilo verlangt, im Mai d. J. 68 Pfennig, im Juli 70 Pfennig und für den August verlangen die verschiedenen Zuckerfabriken 84 Pfennig für die erste Sorte, 80 Pfennig für die zweite Sorte Buder pro Kilo vom Kleinhandel.

Gegenüber dem Dezember v. J. ist also eine Steigerung von 26 bis 28 Prozent im Preise festzustellen. Seltens des Handels wird dieser Absatz als ungerechtfertigt bezeichnet. Die Löhne in der Zuckerindustrie haben keine auch nur annähernd so starke Erhöhung erfahren, um derartige Herausforderungen der Spanner berechtigt erscheinen zu lassen, und das wichtige Rohmaterial, nämlich die Rüben, sind von der Industrie nach der Ernte im Herbst 1924 eingekauft und bezahlt worden. — Aehnlich liegen die Verhältnisse bei den Konservenfabriken.

Im Mai d. J. mußten sich die fortellierten Fabriken zu einem Preisanstieg entschließen, da ihre Forderungen vom Auslande erheblich unterboten wurden. Für August sind dagegen Preise herausgestellt, die durchschnittlich 20 bis 25 Prozent vorgenommen worden, deren Berechtigung vom Handel ebenfalls bestreiten wird. Die organisierten Verbände des Kleinhandels stehen auf dem Standpunkt, daß die Regierung hier eingreifen müsse, und daß durch ein energisches Vorgehen gegen diese Preispolitik der beiden Kartelle eine Senkung der Lebensmittelpreise herbeigeführt werden wünne.

Die Ausweitung der deutsch-schweizerischen Einführbeschränkungen.

Bern, 8. Sept. In Bern haben in diesen Tagen Versprechungen zwischen Vertretern der deutschen und der schweizerischen Regierung über die Durchführung des deutsch-schweizerischen Protokolls über die Einführbeschränkungen vom 17. November 1924 stattgefunden. Es wurde ein Einverständnis darüber erzielt, daß die große Mehrheit der heute noch bestehenden Einführbeschränkungen vom 1. Oktober d. J. ab wegfallen sollen. Nur für eine ganz geringe Anzahl von Warengruppen wird das Bemühungsvorhaben bis auf weiteres noch beibehalten werden. Diese Vereinbarungen unterliegen der Genehmigung der beiderseitigen Regierungen. Sobald diese erteilt ist, wird die Veröffentlichung erfolgen.

London, 8. Sept. Wie das Foreign Office mitteilt, wurden heute die Matifikationsurkunden zum deutsch-englischen Handelsvertrag ausgetauscht. (W. T. B.)

Die Verteidigung im Maslow-Prozeß.

Die Rede des R.-A. Dr. Wolff.

Leipzig, 9. Sept. Der 7. Tag des Prozesses Maslow bringt die Schlussvorträge der Verteidigung. zunächst spricht R.-A. Dr. Wolff. Einleitend kritisiert er das merkwürdige Zustandekommen dieses Prozesses. Als die erste Anklagechrist nicht auffiel, fertigte man eine zweite und nach und nach drei weitere an, die letzte wegen der oft genannten Brotschäfe Maslows. Die Hauptanslagewpunkte sind, so führt der Verteidiger fort, zusammengebrochen. Die Behauptung, Maslow sei 1919 als russischer Emigré nach Deutschland geschickt und mit dem geheimnisvollen Turkestaner der Märaktion identisch, ist unter den Tisch gefallen, ebenso die Behauptung, Maslow habe von Moskau aus die Massenverschreiber hinausgesandt. Danach hätte die Verteidigung erwartet, daß die Reichsanwaltschaft von sich aus Freispruch beantragt hätte. Aber auf Grund von aus dem Zusammenhang gerissenen und gewaltsam missverstandenen Dokumenten stellt die Anklagerede auch die Einführung des Angeklagten unter Strafe. Strafarb sind aber erst Handlungen zu einem bestimmten konkreten hochverräderischen Unternehmen. Der Redner verweist weiter auf die Bindungslehre vom bedingten Verbrechen, wonach eine solch strafbare Handlung dann unbestimmt und nicht strafbar ist, wenn sie nur bei Eintritt einer bestimmten Voraussetzung möglich und diese Voraussetzung oder Bedingung nicht gegeben ist.

Nach diesen Rechtsgrundlinien, so erklärt Dr. Wolff, kann das Urteil nur der Strafgericht sein. Der Reichsanwalt schlußfolgert: Die Kommunistische Partei hat 1923 und 1924 Hochverrat begangen. Die Angeklagten sind Kommunisten in führender Stellung. Polizist und sie am Hochverrat beteiligt. Wir müssen aber doch prüfen, ob die Angeklagten an der angeblichen Hochverratshandlung der Kommunistischen Partei teilgenommen haben. Abgesehen davon, daß der Cuno-Streit und die weiteren Maßnahmen der Partei nicht der Errichtung der Diktatur des Proletariats galten, sondern lediglich der Abwehr des Faschismus, ist den Angeklagten im

einzelnen keinerlei Beteiligung an einem konkreten hochverräderischen Unternehmen nachgewiesen. Die Hauptverhandlung hat nicht nur nicht ihre Schuld, sondern ihre Unschuld ergeben.

Der Verteidiger beschäftigt sich dann eingehend mit den von der Reichsjustizbehörde gegen die einzelnen Angeklagten erhobenen Beschuldigungen, indem er immer wieder hervorhob, daß die kommunistische Gestaltung der Angeklagten nicht strafbar sei. Das Beträubende sei, daß Maslow auf Grund eines Beschwerdematerials, das Punkt für Punkt zusammengebrochen ist, 15 Monate in Untersuchungshaft gesessen hat. Nach weiteren Ausführungen ist das dreiflündige Plädoyer beendet.

Der Hösle-Untersuchungsbericht.

Berlin, 9. Sept. Der vollständige Bericht des Untersuchungsausschusses im preußischen Landtag über die Prüfung der Durchführung des Strafverfahrens gegen den Reichsminister a. D. Dr. Hösle ist jetzt zur Verteilung gelangt. Er umfaßt nicht weniger als rund 900 Drucksachen und bringt die stenographischen Niederschriften über die 26 Sitzungen des Ausschusses, sowie zahlreiche Anlagen, wie das Gutachten der Aerzte, allerlei Verfügungen usw.

Demonstrationsstreit der österreichischen Beamten.

Wien, 8. Sept. Trotz der wiederholten Bemühungen der Regierung, die Staatsbeamten vom dreistufigen Demonstrationsstreik abzuhalten, haben Vertreter aller Organisationen mit Ausnahme der zahlenmäßig unbedeutenden christlich-sozialen Gewerkschaft heute beschlossen, auf dem Streikabschluß zu beharren. Die Arbeit wird am Donnerstag zwischen 10 bis 1 Uhr in allen Ämtern ruhen, während sich die Beamten zu den Massenversammlungen begeben. Der Streik bezieht sich auf ganz Österreich. (Tl.)

Brisbane, 8. Sept. Gegen 588 Streikende, die zu sechs englischen Schiffen gehören, ist eine gerichtliche Vorladung erlassen.

Leichtfertig oder unwissend?

Mit der Annahme des Dawes-Gutachtens im vorjährigen Jahre, die nicht mehr zu vermeiden waren, nachdem durch unzureichende Berichte genügend Reklame dafür gemacht worden war, besonders aber deswegen, weil eine Ablehnung des Gutachtens nach der vorausgegangenen Regierungsgespräche größte Gefahren mit sich gebracht hätte, und weil man schließlich auf die versprochenen Erleichterungen hoffte — mit dieser Annahme im Reichstage haben wir uns in ein System der Ausbeutung eingespannt, wie es die Welt noch nie gesehen hat. Das erste Dawes-Jahr hat ja nun auch den Beweis erbracht, daß der Sachverständigenplan so, wie er jetzt besteht, unzureichbar ist; darauf ist an dieser Stelle am 1. September, dem Tage des Beginns des zweiten Dawes-Jahres, ausführlich hingewiesen worden. Über das dort vorgebrachte hinaus sei noch daran erinnert, daß auch der im Juni in Brüssel versammelte gewesene Kongress der Internationalen Handelskammer schwere Zweifel hinsichtlich der Durchführbarkeit des Sachverständigen-Gutachtens ausgesprochen hat. Damals hatte Booth, der Vizepräsident der Guaranty Trust Company in New York, die Steigerungsnötwendigkeit des deutschen Exportes betont, die durch Abblendung der deutschen Konkurrenz aus Amerika und durch Aufschließung bisher unerschlossener Märkte für die deutsche Wirtschaft unter Zubildnahme amerikanischen Kapitals stattfinden sollte. Ebenso hatten Desprey, der Präsident der Brüsseler Bank, und Janßen, der belgische Finanzminister, nicht zuletzt Sir John Stamp, der englische Mitarbeiter am Sachverständigen-Gutachten, auf neuerlichem Gebiete starke Bedenken hinsichtlich des Transfersystems gehabt. Wenn also die Zwischenreihen selber die Unmöglichkeit dieses Ausbeutungssystems zu erkennen beginnen, sollte da nicht etwas Wahres daran sein?

Doch nicht nur etwas Wahres daran ist, daß spätesten jetzt mit Aufmerksamkeit den Gang der deutschen Wirtschaft beobachtet. Aber schon führt sich eine Gegenbewegung. Denn die Dawes-Gesetze bringen nicht nur ungeheure Lasten für 60 Millionen Menschen, sie bringen auch wohlbeahlte Posten, darunter auch für eine Unzahl von Ausländern. Diese Herren aber haben kein Interesse daran, daß die Öffentlichkeit der Welt erfährt, wie mühelig die ironarbeit schon in diesem ersten Jahre gewesen ist, und daß sie darüber ihre Posten verlieren. Darum suchen sie die Weltmeinung „aufzulären“.

Soviel bisher bekannt geworden ist, sind es ausgerechnet zwei Angehörige der glorreichen Republik, die noch im Endkampf des Weltkrieges über uns hergefallen ist, nachdem sie vorher noch genügend Geschäft machen können, zwei Amerikaner, die es für gegeben erachten, durch ihre Sensationspresse die Welt über Deutschlands wahres Befinden in Kenntnis zu setzen. Gates Mac Garrah, der Präsident der Mechanic and Metal National Bank in New York, im Generalrat der Reichsbank sitzend, verbreitete sich vor ungefähr vierzehn Tagen über die ausgezeichnete Lage des deutschen Finanzwesens. Das, was er im einzelnen sagte, wurde trefflich illustriert durch die schweren Fragen, die zur Tagung der Auslandsdeutschen in Berlin zur Sprache kamen. Und nun kommt Parker Gilbert selber, der Generalagent für die Reparationszahlungen und ungekrüte König Deutschlands; er erklärt einem Vertreter der "Chicago Tribune", daß die Ausführung des Dawes-Gutachtens (die in dem verflossenen Jahr mit einer Gesamtleistung von 1000 Millionen, von denen vier Fünftel durch das Dawes-Anleihen gedeckt waren, doch verhältnismäßig weniger Schwierigkeiten machten) einen ungünstigen Verlauf nehme. Er misst den pessimistischen Gerüchten, monach Deutschland infolge einer inneren Wirtschaftskrise die Reparationszahlungen möglicherweise einzustellen müsse, keine Bedeutung bei. Die Verhältnisse in Deutschland seien so günstig wie seit langem nicht. Es sei ja richtig, daß die Nachwirkungen der Inflation seitlich sich noch bemerkbar machen, doch besteht keinerlei Grund zu Pessimismus.

Wenn irgend ein Herr Soundso am Stammtisch oder im Seebade am Strand Faulenzen, Deutschlands Wirtschaft nicht in dieser leichtfertigen Form mit einer geringfügigen Handbewegung abtut, so wird man diesen Herrn Soundso in diesem Falle nicht ernst nehmen. Wenn aber ein derartiges Urteil Parker Gilbert ausspricht, ein, wenn auch nicht ausgewählter, so doch Berufener, der der Herr unserer Währung und unseres wirtschaftlichen Schicksals ist, und wenn ein solches Urteil einem Pressevertreter gegenüber ausgesprochen wird, von dessen Notizblock aus es in kürzester Zeit die ganze Erde umfliegt, so liegt hier eine unerhörte Gewissenlosigkeit vor. "Die Verhältnisse sind in Deutschland so günstig wie seit langem nicht!" Weiß Gilbert nichts von den verheerenden Abfallziffern im Kohlenbergbau und von den zahllosen Stilllegungen im Ruhrgebiet? Nichts von der Arbeitslosigkeit in Deutschland? Nichts von der Kreditnot und der Kapitalknappheit, unter denen die deutsche Wirtschaft leidet? Nichts von den riesigen Steuersummen, die sie aufzubringen muß? Ist ihm, dem großen Finanzfachmann, die Dauerabfalle an der deutschen Börse unbekannt? Abt er nicht die Gefahren und wirtschaftlichen Hemmungen, die in der sich gegenwärtig überall erhebenden Streik- und Lohnbewegung liegen? Hat ausgerechnet er noch nichts gelezen von den zahllosen Geschäftsaufstiegen und Konfusen? Oder meint er, daß das alles Beweise dafür sind, wie glänzend Deutschland dasteht, "besser als je zuvor"? Und der Gewalt eines Mannes, der in dieser geradezu frivolen Weise die